



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 26. September 2025 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt – dieser Satz trifft in diesen Wochen den Kern der politischen Arbeit im Deutschen Bundestag. Erst in der vergangenen Woche haben wir den Bundeshaushalt 2025 endgültig beschlossen und damit die vorläufige Haushaltsführung beendet. Für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen sowie die öffentliche Hand bedeutet das endlich wieder Planbarkeit und Handlungsfähigkeit.

Doch kaum ist diese Etappe geschafft, steht bereits die nächste an: Mit der ersten Lesung zum Bundeshaushalt 2026 steigen wir nun in die Haushaltsberatungen für das kommende Jahr ein. Der vorgelegte Regierungsentwurf ist ambitioniert – und das ist auch notwendig. Denn in wirtschaftlich, sicherheits- und finanzpolitisch herausfordernden Zeiten ist ein bloßes Verwalten des Status quo keine Option.

Im Mittelpunkt stehen Investitionen in Modernisierung, Beschäftigung und Sicherheit. Insgesamt sollen im Jahr 2026 mehr als 126 Milliarden Euro in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes investiert werden – ein historisches Rekordniveau.

Gleichzeitig soll es Entlastungen in Höhe von rund 40 Milliarden Euro geben, etwa durch die Absenkung der Energie- und Stromkosten, die Senkung der Körperschaftsteuer oder den Investitionsbooster. Damit setzen wir gezielte Impulse für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und eine stabile Mitte.

Klar ist aber auch: Haushaltskonsolidierung bleibt eine der zentralen Aufgaben dieser Legislatur.

Ein starkes Signal der politischen Handlungsfähigkeit war in dieser Woche auch die Wahl zweier neuer Richterinnen an das Bundesverfassungsgericht – getragen von breiter parlamentarischer Mehrheit und getragen vom Willen zur Verantwortung.

Auch bei der Verkehrsinfrastruktur werden wir im parlamentarischen Verfahren nachschärfen. Was baureif ist – ob Straße oder Schiene – muss auch realisiert werden.

Die vor uns liegenden Wochen werden zeigen, ob wir als Parlament gemeinsam den Mut haben, Schwerpunkte zu setzen und gleichzeitig solide zu wirtschaften. Ich bin zuversichtlich.

Herzlich,
Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Bundeshaushalt 2026 – Weichen stellen für das kommende Jahr**
- **Planungssicherheit für Straße und Schiene herstellen!**
- **Austausch mit südafrikanischer Parlamentsdelegation**
- **Im Gespräch mit ONE-Jugendbotschafterinnen**

Wir stellen die Weichen für 2026.

Mit der ersten Lesung des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans 2026 ist der Deutsche Bundestag in die parlamentarische Beratung des kommenden Haushalts eingestiegen. Der Regierungsentwurf sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 520,5 Milliarden Euro vor. Zur Finanzierung ist eine Nettokreditaufnahme von 89,9 Milliarden Euro eingeplant, die durch eine verfassungsrechtliche Bereichsausnahme gemäß Art. 109 und 115 GG zusätzlich um 54,3 Milliarden Euro ergänzt werden kann.

Der Haushalt steht unter dem Dreiklang: Investieren, reformieren, konsolidieren. Mit 126,7 Milliarden Euro erreicht das Investitionsvolumen ein Rekordniveau – unter anderem für Infrastruktur, Digitalisierung, Klimaschutz und Sicherheit. Bürger und Unternehmen sollen im gleichen Zuge um rund 40 Milliarden Euro entlastet werden – etwa durch die Fortsetzung des Investitionsboosters, die Absenkung der Energiepreise und eine bereits beschlossene Senkung der Körperschaftsteuer ab 2028.

Zugleich beginnt mit dem Entwurf auch die Umsetzung der im Koalitionsvertrag vereinbarten Konsolidierungsschritte: Dazu zählen u. a. ein strikter Finanzierungsvorbehalt, die Überprüfung bestehender Subventionen sowie Aufgaben- und Ausgabenkritik innerhalb der Ministerien.

Standpunkt: Die erste Lesung des Haushaltsentwurfs 2026 markiert den Auftakt für eine der wichtigsten politischen Debatten des Jahres. Als Union ist für uns klar: Nur wer klare Prioritäten setzt, kann handlungsfähig bleiben – und genau das tut dieser Haushalt. Er investiert mutig in die Zukunft, sorgt für Entlastung im Hier und Jetzt und wahrt dabei die fiskalische Vernunft.

Wir stehen für einen Staat, der ermöglicht – aber nicht überfordert. Der investiert – aber nicht auf Kosten kommender Generationen. Die Beratungen werden zeigen, wo noch nachgeschärft werden muss – doch die Richtung stimmt: Für Wachstum, Sicherheit und Stabilität in Deutschland. •

Planungssicherheit für Straße und Schiene herstellen!

Mit dem Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ hat die Koalition in dieser Legislaturperiode ein zentrales Instrument geschaffen, um Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur planbar und dauerhaft abzusichern. In den kommenden Jahren sollen darüber erhebliche Mittel bereitgestellt werden – insbesondere für Erhalt, Ausbau und Modernisierung von Straßen, Schienen und Brücken.

Im aktuellen Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2026 ist jedoch bislang nicht in allen Bereichen sichergestellt, dass alle

bereits baureifen Projekte – insbesondere im Straßenneubau – auch vollständig umgesetzt werden können. Das betrifft sowohl Neubauprojekte als auch Vorhaben im Bereich Engpassbeseitigung und Lückenschluss. Die Koalition hat deshalb angekündigt, im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen gezielt nachzusteuern.

Klar ist: Alles, was baureif ist oder in den nächsten Jahren baureif wird, muss auch finanziert werden. Planungssicherheit für Länder, Kommunen, Bauwirtschaft und Bürger ist unerlässlich, um Zeitverluste und Kostensteigerungen zu vermeiden. Die konkreten Verhandlungen zur Mittelausstattung laufen bereits – Ziel ist es, für alle priorisierten Projekte eine gesicherte Umsetzungsperspektive zu schaffen.

Standpunkt: *Eine leistungsfähige, moderne Verkehrsinfrastruktur ist Rückgrat für Mobilität, wirtschaftliche Entwicklung und gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land. Als Union stehen wir für eine klare Priorität: Wer plant, muss auch bauen dürfen. Stillstand bei der Umsetzung ist keine Option.*

Wir werden deshalb im parlamentarischen Verfahren darauf drängen, dass alle baureifen Projekte – ob Straße oder Schiene – vollständig finanziell hinterlegt werden. Gerade im ländlichen Raum ist eine gute Anbindung entscheidend für wirtschaftliche Teilhabe und Lebensqualität. Investitionen in Infrastruktur sind Investitionen in Zukunft – und sie dürfen nicht am Rechenstift scheitern. •

Austausch mit südafrikanischer Parlamentsdelegation.

In dieser Woche durfte ich im Deutschen Bundestag die Abgeordnete Nobuntu Hlazo-Webster sowie eine mehrköpfige Delegation aus Südafrika begrüßen. Die Gäste informierten sich im Rahmen eines Dialogprogramms der Konrad-Adenauer-Stiftung über die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages und die Rolle parlamentarischer Strukturen in Deutschland.

Bei dem Gespräch stand der praktische Einblick in die Abläufe der parlamentarischen Arbeit im Mittelpunkt – von der Arbeit der Abgeordneten in Ausschüssen bis zur Organisation der Abgeordnetenbüros. Dabei entwickelte sich ein lebendiger Austausch über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der parlamentarischen Prozesse beider Länder.

Der direkte Dialog mit internationalen Partnern ist mir wichtig: Er fördert gegenseitiges Verständnis, schafft Vertrauen und trägt dazu bei, demokratische Strukturen weltweit zu stärken.

Mein herzlicher Dank gilt der Konrad-Adenauer-Stiftung für die Organisation und unseren Gästen aus Südafrika für das offene und konstruktive Gespräch. •

Starke Stimmen für globale Gerechtigkeit.

In dieser Sitzungswoche hatte ich erneut die Gelegenheit, mich mit Jugendbotschafterinnen der entwicklungspolitischen Organisation ONE auszutauschen. Mit Mizgin und Audrey war wieder echte Überzeugung, Energie und politisches Interesse am Tisch – ein Dialog, der mich beeindruckt hat.

Die ONE-Jugendbotschafter*innen engagieren sich bundesweit für mehr globale Gerechtigkeit, den Kampf gegen extreme Armut und eine starke deutsche Entwicklungspolitik. Ihr Ziel: politische Verantwortung einfordern und zugleich Aufmerksamkeit für die großen Herausforderungen unserer Zeit schaffen – weltweit, aber mit klarer Stimme auch im Bundestag.



Ich danke Mizgin und Audrey für das offene, engagierte Gespräch und ihren Einsatz – sie sind ein starkes Beispiel dafür, wie junge Menschen mit Überzeugung und Sachverstand politische Prozesse mitgestalten können. •

Die gute Nachricht der Woche Millionen besuchen historische Bauwerke.

Beim bundesweiten Tag des offenen Denkmals haben auch im Hochtaunuskreis und im angrenzenden Limburg-Weilburg zahlreiche historische Orte und Bauwerke ihre Türen geöffnet: In Bad Homburg etwa der Weiße Turm und der Elisabethenbrunnen, in Oberursel der Jüdische Friedhof, in Usingen der Junkernhof, darüber hinaus die Schlossanlage in Bad Homburg sowie weitere Baujuwelen in der Region. Zudem öffnete das Weilburger Schloss seine Tore – mit Führungen, Gartenanlagen, Einblicken ins Gewächshaus und sogar der thematischen Dachführung „Den Herrschaften (besser nicht) aufs Dach steigen“.

Diese Resonanz zeigt: Denkmale sind mehr als steinerne Relikte – sie sind Orte der Erinnerung, Identität und Begegnung. Es ist bewegend zu sehen, wie viele Menschen historische Räume von innen erleben wollen und wie engagiert Vereine, Initiativen und Kommunen ein lebendiges Programm gestalten. Dieser Enthusiasmus ist ein starkes Signal für die Bedeutung von Denkmalpflege und kultureller Bildung – nicht nur national, sondern gerade auch lokal.

Als Ihr direkt gewählter Abgeordneter sehe ich es als Verpflichtung an, das Bewusstsein und den Erhalt dieses Erbes aktiv zu unterstützen: durch Förderung, Schutz und Öffnung von Denkmälern. Denn Geschichte verbindet – und sie gehört uns allen •

